

Sitzung vom 10. Februar 2010

200. Anfrage (Personalentwicklung bei der kantonalen Verwaltung)

Kantonsrat Thomas Wirth, Hombrechtikon, und Kantonsrätin Susanne Brunner, Zürich, haben am 9. November 2009 folgende Anfrage eingereicht:

In vielen Bereichen ist der Personalbestand ein wichtiger Indikator für die Aufwandsteigerung. Der KEF eignet sich aber nur beschränkt, um diese Entwicklung zu beobachten und zu steuern. Daher bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie entwickelte sich der Stellenplan und der Beschäftigungsumfang in jeder Leistungsgruppe von 2006 bis Plan/Budget 2010? Die Zahlen bitte in tabellarischer Form aufführen. Dabei soll ausgewiesen werden, falls in einzelnen Leistungsgruppen Aufgaben neu übernommen oder abgegeben, aufgegeben oder reduziert wurden und welche personellen Auswirkungen diese Veränderungen auf Stellenplan und Beschäftigungsumfang nach sich zogen.
2. Welche Aufgaben, Fachgruppen, Ämter etc. wurden/werden in dieser Periode von einer Leistungsgruppe in eine andere verschoben? Um wie viele Stellen (Stellenplan und Beschäftigungsaufwand) handelte es sich jeweils? Falls eine Differenz zwischen Abnahme in der einen und Zunahme in der anderen Leistungsgruppe besteht: Was sind die Gründe dafür?
3. Ist der Regierungsrat bereit, den KEF in Zukunft so zu gestalten, dass Stellenplan und Beschäftigungsumfang nachvollziehbar darin abgebildet sind?

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Thomas Wirth, Hombrechtikon, und Susanne Brunner, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1–3:

Mit dem Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) werden gemäss §9 Abs. 1 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) jährlich die zu erzielenden Wirkungen, die zu erbringenden Leistungen sowie deren Finanzierung festgelegt. Dazu sind unter anderem nach den Richtlinien und Konventionen KEF in den Leis-

tungsgruppen die Personalstellen (Beschäftigungsumfang) aufzuführen. Darunter ist die tatsächlich geplante Beschäftigung während des jeweiligen Planjahres pro Leistungsgruppe zu verstehen. Beim Ausweis des Beschäftigungsumfangs sind sämtliche Anstellungsverhältnisse zu berücksichtigen mit Ausnahme von Lernenden sowie Praktikantinnen und Praktikanten. Es werden z. B. auch befristete Stellen und Aushilfen in die Berechnung mit einbezogen. Der Ausweis des Beschäftigungsumfangs ermöglicht einen direkten Vergleich mit der Entwicklung des Personalaufwandes.

Gemäss § 3 Abs. 1 der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz (VVO, LS 177.111) ist der Stellenplan in der Regel pro Amt festzusetzen. Im Stellenplan erfolgt die Festlegung des Soll-Personalbestandes, der als massgebende Grösse zur Erbringung des Leistungsauftrages eines Amtes gilt. Für eine befristete Zeit können jedoch auch Stellen ausserhalb des Stellenplans geführt werden wie z. B. Aushilfen (§ 161 Abs. 1 VVO). Umgekehrt kann, auch bei voller Ausnutzung des Stellenplans, aufgrund der natürlichen Fluktuation der tatsächliche Beschäftigungsumfang vom geplanten abweichen. Die Werte des Stellenplans und des Beschäftigungsumfangs der Leistungsgruppen stimmen daher meistens nicht genau überein. Für eine nachvollziehbare Erklärung der Differenz ist der KEF nicht das richtige Instrument. Aus diesem Grund wird analog zur finanziellen Entwicklung auch künftig der tatsächlich geplante Beschäftigungsumfang im KEF ausgewiesen werden und nicht der Stellenplan.

Entsprechend diesen Ausführungen wird in der nachfolgenden Tabelle ausschliesslich auf die Veränderungen des Beschäftigungsumfangs (BU) in den Jahren 2006 bis 2010 pro Leistungsgruppe eingegangen.

Anpassungen der Stellenpläne an veränderte Rahmenbedingungen haben zur Folge, dass der tatsächliche vom budgetierten BU 2010 für einzelne Leistungsgruppen voraussichtlich abweichen wird. Die Werte BU 2006 wurden dem Geschäftsbericht 2006 entnommen, für die Zahlen des Jahres 2010 diente das Planjahr 2010 des KEF 2010–2013 als Grundlage. Die Werte sind auf ganze Zahlen gerundet. Die budgetierten Abweichungen werden in der letzten Spalte begründet. Die BU-Veränderungen bei komplexen Reorganisationen oder bei Verschiebungen von Aufgaben in andere Leistungsgruppen werden teilweise summarisch begründet oder es werden nur die für die Leistungsgruppe wichtigsten BU-Veränderungen ausgewiesen. Im Weiteren fehlt für mehrere selbstständige Anstalten eine Referenzgrösse für das Jahr 2006. Eine detaillierte rechnerische Herleitung der Abweichungen pro Leistungsgruppe ist aus diesen Gründen nur bedingt möglich.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
SK	1000	Regierungsrat und Staatskanzlei	63	72	9	+0,8 Stellen Kommunikationsabteilung, +1,5 Stellen im Post- und Weibeldienst (Wiederbesetzung vakanter Stellen), +4,6 Stellen für die Rekursabteilung (Zunahme der Rekurseingänge um 41%), +2,0 Stellen für das Regierungskontrolling (Wiederbesetzung vakanter Stellen), +0,7 Stellen Stabsstelle E-Government (Projektmanagement), +0,5 Stellen Koordination Aussenbeziehungen (Ausbau der Funktion) und +0,5 Koordinationsstelle Vollzug IDG. Übertragung von 1,0 Stellen an das neu geschaffene Immobilienamt und -0,5 Stellen-Reduktion im Bereich Informatik.
Jl	2201	Generalsekretariat Jl: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	49	57	8	Stellenzunahme in den Bereichen IT Wahlen/Abstimmungen, Service Center Lotus Notes (alle saldoneutral bzw. gebührenfinanziert); Stellenzunahme bei Auditoren/Praktikanten (Ausbildungsauftrag)
Jl	2204	Strafverfolgung Erwachsene	317	319	2	Neue Stellen zur Schwerpunktsetzung Vermögensabschöpfung und Versicherungsbetrug sowie zentrale Nachverfahren
Jl	2205	Jugendstrafrechtspflege	66	79	13	Infolge gesteigerter Fallbelastung Stellenzunahme für die Funktionen Juristische Sekretäre, Verwaltungsangestellte, Jugendanwält/innen und Sozialarbeiter/innen
Jl	2206	Amt für Justizvollzug	725	811	86	Massnahmenzentrum Utikon (MZU) (insgesamt plus 9,5 Stellen): Stellenzunahme insbesondere Ausbau Vollzugsplätze für junge Erwachsene, neue bundesrechtliche Vollzugsvorschriften, zum Teil drittmittelfinanziert und befristet (Aushilfen) Bewährungs- und Vollzugsdienste (BVD) (insgesamt plus 9,3 Stellen): Stellenzunahme neue Aufgabe Strafmediation, Gefängnis Limmattal, Projekt «Risikoorientierter Strafvollzug» (ROS) (z. T. befristet)

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
						<p>Psychiatrisch-Psychologischer Dienst (PPD) (insgesamt plus 22,7 Stellen): Stellenzunahme für neue Aufgabe Stationäre Massnahmen (neue bundesrechtliche Vollzugsaufgabe Art. 59 Abs. 3 StGB) in der Pöschwies, Betreuung Gefängnis Limmattal, Evaluationsstudien (z. T. befristet und Aushilfen)</p> <p>Pöschwies (insgesamt plus 10,6 Stellen): Stellenzunahme durch neue Aufgabe Stationäre Massnahmen (neue bundesrechtliche Vollzugsaufgabe Art. 59 Abs. 3 StGB), z. T. befristete Stellen (Projekt Reopro)</p> <p>Gefängnisse Kanton Zürich (GKZ) (insgesamt plus 30 Stellen): Stellenzunahme durch neues Gefängnis Limmattal und durch Ausbau der Bussenadministration (nach Änderung des Sanktionswesens auf Bundesebene; saldoneutral)</p> <p>Stab (plus 2,9 Stellen): Stellenzunahme in den Bereichen juristischer Support, Kommunikation und Controlling</p>
Jl	2207	Gemeindeamt	58	59	1	Stellenzunahme bedingt durch Zentralisation Zivilstandswesen (neue Aufgabe bedingt durch neues Bundesrecht)
Jl	2221	Handelsregister	54	58	4	Stellenzunahme zur Bewältigung des gewachsenen Arbeitsaufwandes (Zunahme der Fälle um rund 35%) vor allem aus der Umsetzung des neuen GmbH-Bundesrechts (opting-out und amtliche Verfahren; gebührenfinanziert)
Jl	2223	Statistisches Amt	32	31	-1	Stellenreduktion durch abgeschlossene Projekte

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
Jl	2224	Staatsarchiv	23	44	21	Stellenzunahme bedingt durch das Projekt Transkriptionen und Digitalisierungen KRB/RRB (Drittmittelfinanzierung durch Lotteriefonds); durch das Projekt «Legat Helfenstein» (Drittmittelfinanzierung), durch die Kunstdenkmälerinventarisierung (Drittmittelfinanzierung), durch das Projekt Rechtsquellen (Drittmittelfinanzierung) sowie durch Schaffung von Praktikantenstellen (Ausbildungsauftrag) sowie durch hohe Arbeitslast (Unterdotierung im Kerngeschäft; betrifft rund ein Viertel der neu geschaffenen Stellen)
Jl	2225	Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	18	19	1	Stellenzunahme durch Übernahme Aufsicht über Stiftungswesen (saldoneutral; neue Aufgabe bedingt durch Änderung Bundesrecht)
Jl	2232	Fachstelle Opferhilfe	7	7	0	
Jl	2233	Fachstelle für Gleichstellung	4	5	1	Stellenzunahme durch Projekt Vereinbarkeit Beruf und Familie (bedingt durch Legislaturziele 2007–2011)
Jl	2234	Fachstelle Kultur	6	6	0	
Jl	2241	Fachstelle für Integrations- fragen	5	6	1	Stellenzunahme durch Übernahme von Aufgaben der Gemeinden (Integrationsvereinbarungen und Integrationsmodule)
Jl	2251	Bezirksräte	37	39	2	Stellenzunahme durch Übernahme der Volksschulreize (Bezirksschulpflegen als bisher zuständige Instanz wurden abgeschaft; kostensenkende Verschiebung von Aufgaben auf Bezirksebene)
Jl	2262	Baurekurskommissionen	28	27	-1	Übliche Rundungsschwankungen
Jl	2263	Steuerrekurskommissionen	18	17	-1	Stellenreduktion durch Transfer einer Stelle zum GS

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
DS	3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben	45	64	19	<p>Gestützt auf die Vorgaben im internationalen Recht (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und auf das Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige muss die Schweiz ab 1. März 2010 flächendeckend biometrische Ausweise ausstellen. Das Passbüro muss neu sämtliche Arbeitsschritte bis zur biometrischen Erfassung der Daten durchführen (neue zusätzliche Aufgaben). Da der Arbeitsaufwand für die zeitgerechte Erfassung von biometrischen Daten im Vergleich zum bisherigen Ablauf beim Pass 03 wesentlich grösser ist, sind höhere Personalkapazitäten für das Passbüro erforderlich, die durch die vom Bund festgesetzten Gebührenansätze vollständig finanziert werden (saldoneutral). Das Passbüro liefert der Staatskasse 2010 voraussichtlich einen Ertragsüberschuss von rund 1,5 Mio. Franken ab.</p>
DS	3100	Kantonspolizei	2897	3286	369	<p>Aufgrund höherer Passagierzahlen und der Einführung des Flüssigkeitsverbotes musste beim Personalkörper der Sicherheitsbeauftragten Flughafenpolizei (SBF) eine Aufstockung von 314 Personaleinheiten vorgenommen werden, um die anfallenden und vereinbarten Sicherheitsleistungen gegenüber der Flughafen Zürich AG erfüllen zu können. Sämtliche Sicherheitsleistungen der SBF werden durch die Flughafen Zürich AG rückvergütet (saldoneutral). In den zum Vergleich aufgeführten Zahlen sind für 2010 rund 80 Aspirantinnen und Aspiranten mehr aufgeführt als 2006. Mehr Aspirantinnen und Aspiranten sind erforderlich, um den Unterbestand bei den Korpsangehörigen ausgleichen zu können. Dies entspricht auch der KEF-Erklärung gemäss KR-Nr. 7/2009. Aus Spargründen konnte der bewilligte Sollbestand bisher noch nie erreicht werden.</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
DS	3200	Strassenverkehrsamt	332	345	13	<p>Gestützt auf das EU-Recht und Bundesrecht (SVG) sind bezüglich Sicherheit im Strassenverkehr Auflagen zu erfüllen. Darunter fallen 3 Verkehrsexperten, die aufgrund des stetig steigenden Fahrzeugbestandes für Fz- und Führprüfungen benötigt werden. Im Bereich administrative Verkehrssicherheit mussten infolge der Verschärfung des Massnahmenrechts (Bundesrecht) 7 Personen eingestellt werden. 1 Stelle betrifft den Personalleiter, der auf Empfehlung der Finanzkontrolle zum SVA stiess (150 Stellenprozente des Personalbereichs sind für die Betreuung von rund 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingesetzt). Die 2 geplanten Stellen (KEF 2010–2013) für das neue Archivsystem dienen der Effizienzsteigerung. Trotz Gebührensenkungen und zur Hauptsache saldoneutralen Personalsteigerungen arbeitet das Strassenverkehrsamt seit Jahren kostendeckend bzw. gewinnbringend (Ertragsüberschuss).</p>
DS	3300	Migrationsamt	114	156	42	<p>2006 waren 126 Stellen im Stellenplan, die wegen geringer Arbeitsauslastung im Asylbereich und temporären Vakanzen nicht ausgeschöpft wurden. In der Folge stiegen die Gesuche aufgrund der grossen Zuwanderung aus dem europäischen Raum stark an. Der Stellenplan wurde ab 2008 wegen der grossen Geschäftslast vollumfänglich ausgenutzt. Aus dem gleichen Grund wurden dem Amt im Jahr 2009 18 neue Stellen (4 befristet bis 2013) bewilligt. Gestützt auf die Vorgaben im internationalen Recht (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) muss die Schweiz ab 1.1.2010 biometrische Ausländerausweise ausstellen. Für die Erfassung der biometrischen Daten müssen zehn Schalter eingerichtet werden, für deren Betrieb mit dem gleichen RRB weitere 15 Stellen ab 2010 bewilligt</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
DS	3400	Amt für Militär und Zivilschutz	135	133	-2	wurden (neue zusätzliche Aufgaben). Mit den vorgeschlagenen (noch nicht rechtskräftigen) Gebührensätzen können 12 dieser Stellen gedeckt werden (saldoneutral). Rückläufiger Personalbestand infolge Optimierungen
DS	3500	Sozialamt	50	172	122	Im Rahmen der Umsetzung des neuen Versorgungskonzepts für die psychiatrische Versorgung in den Regionen Winterthur und Zürcher Unterland werden die drei IV-Betriebe Wohnheim Tilia, Wohnheim Hardoskop und Werkstatt hardungut organisatorisch von der Psychiatrie (Leistungsgruppe Nr. 6400) abgelöst und auf den 1.1.2010 der Sicherheitsdirektion bzw. dem Kantonalen Sozialamt als Abteilung angegliedert (saldoneutral).
DS	3600	Statthalterämter	61	62	1	Im Rahmen der Budgetgenauigkeit
FD	4000	Generalsekretariat FD	11	12	1	Anstellung eines Kommunikationsbeauftragten FD im Jahr 2010. Damit wird der Stellenplan des Generalsekretariats ausgeschöpft.
FD	4100	Finanzverwaltung	28	44	16	Der massgebliche Stellenplan 2006 ermöglichte die Besetzung von 29 Stellen. Der durchschnittliche Beschäftigungsumfang 2006 betrug 28,6 «Stellen», da 0,4 Stellen nicht besetzt waren. Für den Aufbau des Kompetenzzentrums SAP wurde der Stellenplan der Finanzverwaltung mit RRB Nr. 1568/2006 auf den 1.1.2007 um 4 Stellen erhöht, davon wurden 3 Stellen kostenneutral von den Psychiatrischen Einheiten auf die Finanzverwaltung übertragen. Mit RRB Nr. 34/2009 wurden für die Entwicklung und den Betrieb von SAP des neuen Personalmanagement- und Lohnadministrations-

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
						<p>systems (PULS-ZH) 2 Stellen für das Kompetenzzentrum SAP in der Finanzverwaltung geschaffen (eine Stelle ab 2009, eine Stelle ab 2010). Diesen Stellen stehen aber deutliche Einsparungen im Betrieb des neuen Personalmanagement- und Lohnadministrationssystems gegenüber.</p> <p>In das Buchungszentrum (BuZ) wurden mehrere kostenneutrale Stellen übertragen: 2 Stellen von der Volkswirtschaftsdirektion, 1,5 Stellen von der Sicherheitsdirektion, 2,3 Stellen von der Bildungsdirektion und 2 Stellen von der Baudirektion.</p> <p>2008 wurden 2 Stellen für zusätzliche Aufgaben im Controlling geschaffen, u. a. hinsichtlich des erwarteten Haushaltssanierungsprogramms.</p> <p>Der gegenwärtige Stellenplan der Finanzverwaltung umfasst 44,8 Stellen. Er wird 2010 voraussichtlich ausgeschöpft.</p>
FD	4200	Liegenschaftsverwaltung	5	0	-5	Die Liegenschaftsverwaltung wurde 2008 in das Immobilienamt der Baudirektion übertragen.
FD	4300	Amt für Tresorerie	4	4	0	
FD	4400	Steuern Betriebsteil	655	707	52	<p>Mit RRB Nr. 491/2009 wurde der Stellenplan des Steueramts neu auf 707 Stellen festgesetzt. Im KEF 2010–2013 wurde sodann eine Kürzung der Personalkosten um 1,3 Mio. Franken beschlossen mit dem Auftrag, den Beschäftigungsumfang nicht vollumfänglich auszuschießen. Der Zuwachs beim Beschäftigungsumfang zwischen 2006 und 2010 um 53 Stellen wird daher nicht ausgeschöpft werden. Zudem wurden im Steueramt im Rahmen von San04 und MH 06 insgesamt 44 Stellen gestrichen. Das Aufgabengebiet des Steueramts hat sich</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
FD	4500	Personalamt	30	41	11	<p>jedoch in den letzten Jahren stark ausgeweitet. So steigt zwischen Rechnung 2000 und Budget 2010 die Zahl der natürlichen Personen am ordentlichen Register von 729 104 auf 831 000 (+101 896 oder 14%) an, diejenige der juristischen Personen von 39 113 auf 60 000 (+20 887 oder 53,4%) und diejenige der quellensteuerpflichtigen Personen von 57 093 auf 95 000 (+37 907 oder 66,4%).</p> <p>Der Beschäftigungsumfang wurde wie folgt erweitert: Übertrag von 5,5 Stellen für die Personalabteilung FD vom Steueramt in das Personalamt, 2 Stellen zur Betreuung der Informatik-Lernenden und steigenden Anzahl der KV-Lernenden, 1,5 Stellen für die operative Einführung des Case Managements und den Aufbau des Personalcontrollings, Übertrag von 1 Stelle im Rahmen des MH 06 von der Baudirektion ins Personalamt und 1 Stelle für direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung, die nicht besetzt wurde. Im 4. Quartal 2009 wurde der Stellenplan des Personalamtes neu auf 38 Stellen festgelegt.</p>
FD	4600	Direktionsübergreifende Informatik	7	8	1	2006 war 1 Stelle nicht besetzt.
FD	4700	Drucksachen und Material	53	56	3	<ul style="list-style-type: none"> • Verschiebung von zwei Stellen vom Tiefbauamt (BD) zur kdmz (FD). • Erhöhung Beschäftigungsumfang um eine Stelle unter der Annahme eines steigenden Beschäftigungsvolumens (aus heutiger Sicht wird diese Stelle allerdings nicht beansprucht).

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
VD	5000	Generalsekretariat	33	35	2	<p>Differenz 2006/2007: neu 38,5 Stellen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übertrag von 2,5 Stellen vom Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ins GS aufgrund neuer Aufgabenverteilung (saldoneutral) • Übertrag von 1 Stelle vom GS/VD in die Baudirektion (BD) und 2 halben Stellen von der BD ins GS/VD im Rahmen der Schnittstellenbereinigung im Gesamtverkehr zwischen BD/VD (saldoneutral) • Verschiebung von 2 Stellen vom Rechnungswesen GS in das neu geschaffene Buchungszentrum (BuZ) in der Finanzdirektion • Schaffung einer neuen 0,5 Stelle Jurist/in befristet bis 31.12.2009 für zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Einführung des freien Personenverkehrs • Schaffung von 2 Stellen befristet bis 31.12.2008: 1 Informatiker/in für die Umsetzung der Informatik-Sicherheitsverordnung und 1 Jurist/in für zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Überführung von Teilen des Tiefbauamtes (TBA) in die VD. • Übertrag von 1 Stelle vom Amt für Verkehr (AFV) ins GS (saldoneutral) • Übertrag von 2 Stellen vom Verkehr und Infrastruktur Strassen (VIS) ins GS (saldoneutral) • Übertrag von 0,5 Stellen vom GS ins VIS (saldoneutral) <p>2008/2009: keine Differenz</p> <p>Differenz 2008/2009: neu 35,5 Stellen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung der 2 bis 31.12.2008 befristeten Stellen • Abbau von 1 Stelle im Rahmen von San04 / MH 06 <p>Differenz 2009/2010: 35,0 Stellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung der bis 31.12.2009 befristeten 50%-Stelle

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
VD	5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	620	730	110	+2,5 Stellen wurden auf den 1.10.2006 mit RRB Nr. 1388/2006 neu geschaffen, diese werden zu rund 50% vom Bund zurückfinanziert (Bundesaufgabe). <ul style="list-style-type: none"> • 4,6 Stellen wurden innerhalb des genehmigten Stellenplans verschoben, rund 70% davon werden vom Bund zurückfinanziert (vgl. auch KEF 2010–2013 zur internen Verschiebung der 3,6 Stellen für den Bereich Personal und Dienste) +3,0 Stellen geplante Erhöhung für Umsetzung Entlastungsgesetz (vgl. auch KEF 2010–2013 und Vorlage 4454) +100 Stellen im Vollzug AViG (vgl. auch KEF 2010–2013, saldo-neutral [Bundesaufgabe])
VD	5205	Amt für Verkehr	13	55	42	Das heutige Amt für Verkehr (AFV) besteht aus dem «alten» Amt für Verkehr und der ehemaligen Organisationseinheit «Verkehr und Infrastruktur Strasse» (VIS), die durch die Übertragung des Bereiches vom Tiefbauamt (TBA) der Baudirektion im Jahr 2006 erfolgte. Das neue Amt für Verkehr wurde auf den 1.7.2008 mit 59,1 Sollstellen aus der Zusammenführung des bestehenden Amtes für Verkehr und des in der VD verbleibenden Teils des VIS gebildet. 2006: 68 Stellen wurden vom TBA ins VIS übertragen und es wurden 8 neue Stellen geschaffen. Somit betrug der Stellenumfang im 2006 des VIS 76 Stellen und im Amt für Verkehr 17,1 Stellen. 2008: 29 Stellen gingen im Rahmen der Schnittstellenbereinigung zurück ans TBA, 3 Stellen im VIS und 0,5 Stellen im AFV wurden aufgehoben. Aus dem Stellenplan des vor dem 1.7.2008 bestehenden Amtes für Verkehr wurden 16,6 Stellen in das neue Amt für Verkehr

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
GD	6000	Steuerung Gesundheitsversorgung	71	87	16	<p>übergeführt. Mit der Übertragung der Stellen vom alten ins neue Amt für Verkehr wurden Stellenumwandlungen saldoneutral vorgenommen. Die Kosten für die Stellen im Plan des neuen AVF sind im KEF 2010 enthalten.</p> <p>Die in den Spalten aufgeführten Zahlen weisen den durchschnittlichen Beschäftigungsumfang und nicht den Soll-Stellenplan aus.</p> <p>+0,2 Stellen, Stellenverschiebung aus dem Veterinäramt (Verschiebung von Aufgaben im IT-Bereich)</p> <p>+0,3 Stellen (gemäss Beschluss des Bundesrates, Aufnahme der im Rahmen von kantonalen Programmen durchzuführenden HPV-Impfungen in den Pflichtleistungskatalog des oblig. Krankenpflegekatalogs, was zu beträchtlichem administrativem Mehraufwand für die Kantone führt)</p> <p>+10,0 Stellen, davon 6 befristet bis 31.12.2012 (Schaffung Bereich Spitalplanung 2012 als Folge der Revision des KVG im Bereich Spitalfinanzierung und Spitalplanung, was einen grundlegend neuen, leistungsbezogenen Planungsansatz und grossen Mehraufwand sowie spezifisches Knowhow erfordert)</p> <p>+0,8 Stellen, saldoneutral; finanziert durch restrukturierungsbedingte Einsparungen und Gebührenerhöhung (Leitung wissenschaftliches Sekretariat Ethikkommission)</p> <p>+2,0 Stellen, Sekretariat KVG (massive Zunahme der Gesuche um Befreiung von der Versicherungspflicht, v. a. infolge deutlicher Zunahme der Zuwanderung nach Inkrafttreten der bilateralen Verträge sowie Unterstellung neuer Personenkategorien der Schweizer Krankenversicherungspflicht)</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
						+1,2 Stellen (als Folge der neuen Milchqualitätsverordnung zuständig für die Inspektion im Bereich Milchproduktion und entsprechender Massnahmenvollzug) +2,0 Stellen (Umsetzung der bundesrechtlichen Aufgaben zum Thema Hundevorfälle mit Menschen und Tieren und betreffend verhaltensauffälliger Hunde; Mehraufwand bei der Bearbeitung von Anträgen und Ausnahmegewilligungen um Befreiung gefährlicher Hunde von der Maulkorb- und Leinenpflicht) +1,0 Stellen, befristet bis 31.12.2009 (für das Ausrottungsprogramm der Bovinen Virusdiarrhoe in Umsetzung der geänderten Tierseuchenverordnung des Bundes) Zusätzlich Beizug von Aushilfskräften für befristete Projekte im Tierseuchenbereich
GD	6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	6448	244	-6204	Verselbstständigung USZ und KSW auf den 1.1.2007. Verbleibende Ämter: Kantonsapotheke und Zentralwäscherei Zürich Kantonsapotheke (KAZ): +3,0 Stellen, saldoneutral infolge Weiterverrechnens der erbrachten Dienstleistungen (Realisierung der Zentralen Zytostatikazubereitung im neuen Tumorzentrum des Kantonsspitals Winterthur; dessen Bau wurde bewilligt mit RRB Nr. 940/2007) +3,7 Stellen, befristet bis 31.5.2009 (zusätzliche Ressourcen zur Umsetzung des Projekts APIS; Ablösung und Erweiterung des bisherigen Apotheken-Informationssystems) +7,5 Stellen, saldoneutral; entsprechende Mehrnahmen (personelle Aufstockung in diversen Bereichen als Folge einer immer grösseren Nachfrage nach Dienstleistungen und Produkten von der KAZ)

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
GD	6400	Psychiatrische Versorgung	1948	1955	7	<p>Psychiatriezentrum Rheinau: +30,0 Stellen, Betrieb der drei forensischen Stationen mit 27 Plätzen im neu gebauten Sicherheitstrakt</p> <p>Integrierte Psychiatrie Winterthur: +15,2 Stellen, Betrieb der neuen Adoleszenzstation mit zwölf Behandlungsplätzen</p> <p>+3,0 Stellen, saldoneutral; finanziert durch die Bildungsdirektion (Lehrpersonen für die Spitalschule)</p> <p>-25,15 Stellen (Abbau von 21,15 Stellen infolge Verlagerung der geronto-psychiatrischen Patientinnen/Patienten in Institutionen der Langzeitversorgung)</p> <p>Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst: +21,95 Stellen, Verschiebung von der Bildungsdirektion zur Gesundheitsdirektion (Entflechtung der ambulanten kinder- und jugend-psychiatrischen Versorgung des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes von den Jugendsekretariaten)</p> <p>Psychiatriezentrum Rheinau und Psychiatriezentrum Hard: -120 Stellen (Übertragung der IV-Institutionen von der Gesundheitsdirektion zur Sicherheitsdirektion auf den 1.1.2010)</p> <p>Allgemein: Einzelne Stellen blieben teilweise auch über längere Zeit unbesetzt, da vereinzelte Stationen temporär nicht geführt wurden. Überdies wurden 2008 zwei Stationen vom Psychiatriezentrum Hard zum Krankenhausverband Zürcher Unterland verschoben und 2009 im gerontopsychiatrischen Bereich der Integrierten Psychiatrie Winterthur Betten abgebaut, was ebenfalls zu unbesetzten Stellen führte.</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
BI	7000	Bildungsverwaltung	264	328	64	<p>Formell bereinigt werden die Stellenpläne mit dem Zusammenschluss des Psychiatriezentrums Hard mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur auf den 1.1.2010.</p> <p>+21,0 Stellen Fachstelle für Schulbeurteilung (Umsetzung VSG); Die Bezirksschulpflegen wurden aufgehoben und durch die Fachstelle für Schulbeurteilung ersetzt. Im Betrachtungszeitraum fand der Aufbau dieser Fachstelle statt.</p> <p>+1,0 Stelle Bildungsstatistik; Die Bildungsstatistik konnte ihre Leistungen an andere Kantone weiterverkaufen und Aufgaben von der Bildungsstatistik der Kantone Thurgau und Graubünden gegen Verrechnung der Vollkosten übernehmen. Für den Kanton ist die Stellenschaffung kostenneutral.</p> <p>+1,0 Stelle Fachstelle Gewaltprävention; Die zunehmende Gewalt in den Schulen machte die Einsetzung einer bis Ende 2011 befristeten Koordinationsstelle für Gewaltprävention notwendig (Legislativziel des Regierungsrates).</p> <p>+11,4 Stellen Volksschulgesetz; Zur Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) wurden bis Ende 2012 befristete Stellen eingerichtet.</p> <p>+1,0 Stellen Lohnadministration; Infolge der Kantonalisierung der Kindergärten (+1300 Lehrpersonen) musste die Lohnadministration im Volksschulamt verstärkt werden.</p> <p>+9,0 Stellen Rückzug Bund aus Sonderschulung im Rahmen der NFA;</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
						<p>Der Erlass der IV-Verfügungen (etwa 7000) im Bereich der Sonderschulung wurde an die Kantone delegiert. Die neuen Stellen sind teilweise bis Ende 2011 befristet.</p> <p>+2,0 Stellen Case Management Lehrpersonen: Der Koordinationsaufwand für rund 18 000 Anstellungsverhältnisse in der Bildungsdirektion ist erheblich. Für das Volksschulamt und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt wurden je eine bis Ende 2012 befristete Stelle bewilligt.</p> <p>+2,0 Stellen IT Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB): Das AJB hat die Informatik-Dienstleistungen für die Support- und Betriebsaufgaben für die Jugendsekretariate zentralisiert. Für die Sicherstellung des IT-Supports und den Fachapplikationssupport wurden zwei befristete Aushilfsstellen geschaffen.</p> <p>+8,5 Stellen Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG gemäss Weisung, zum Teil Vollzugsaufgabe): Reform der Brückenangebote / Vorbereitung auf die betriebliche Grundbildung (teilweise bis Ende 2012 befristet), Lehrstellenförderung, Berufsinspektor/innen, Abschluss von Leistungsvereinbarungen gemäss neuem Finanzierungssystem des Bundes und des Qualitätsmanagements (teilweise bis Ende 2012 befristet).</p> <p>+6,2 Stellen «Case Management Berufsbildung» (Vollzug Bundesgesetzgebung): Befristete Stellen im AJB (bis Ende 2012). Der Bund beteiligt sich mit 3,7 Mio. Franken an den Kosten.</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
BI	7100	Lehrmittelverlag	24	25	1	+1.0 Stellen Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (Vollzug Bundesgesetzgebung): Dem AJB wurde die Funktion der zentralen Behörde bei Kindesentführungen gemäss Haager Übereinkommen übertragen.
BI	7200	Volksschulen	6873	8963	2090	+320 Stellen Schaffung Schulleitungen (Umsetzung Volksschulgesetz) +1320 Stellen Kantonalisierung Kindergarten (Umsetzung Volksschulgesetz, kostenneutral) +110 Stellen Gestaltungspool (Entlastung Lehrpersonen und Schulleitungen) +140 Stellen Blockzeiten (Umsetzung Volksschulgesetz) +150 Stellen Verschiebung von kommunalen zu kantonalen Anstellungsverhältnissen infolge Pensumserhöhungen (keine Kostenfolgen für den Kanton) +40 Stellen Gegenvorschlag des Kantonsrates zur Initiative Klassengrösse +10 Stellen Korrekturfaktor VZE-Zuteilung gemäss § 2 LPVO (RRB Nr. 934/2006)
BI	7301	Mittelschulen	1687	1807	120	Für die Lehrpersonen der Mittelschulen besteht kein kantonaler Stellenplan. Die Erhöhung der Zahl der Stellen ist durch einen Anstieg der Schülerzahl um 5,2% begründet. Die Wiedereinführung der Hauswirtschaftskurse wird bis 2010 eine weitere Erhöhung um rund 14 Stellen bewirken.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
BI	7302	Schulen im Gesundheitswesen	37	92	55	Gestützt auf den RRB Nr. 86/2004 wurden alle Ausbildungen im Gesundheitswesen auf zwei Zentren konzentriert – ein kantonales (ZAG) und ein privates (Careum); den bestehenden 25 Schulen im Gesundheitswesen wurde der Leistungsauftrag entzogen. Diese Schulen waren durch Staatsbeiträge finanziert worden. Seit der Eröffnung des ZAG müssen die kantonalen Stellen ausgewiesen werden. Die Konzentration von 25 auf 2 Schulen führte im Ergebnis zu einer erheblichen Senkung des kantonalen Aufwandes (14 Mio. Franken).
BI	7303	Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen	1244	1446	202	Für die Lehrpersonen der Berufsfachschulen besteht kein kantonaler Stellenplan. Die Berufsbildung ist eine Bundesaufgabe. Die Kantone sind für den Vollzug zuständig. Die Zahl der Lernenden erhöhte sich von 31 380 auf 34 350 (9,5%). Dies bedingt rund 120 zusätzliche Lehrendenstellen. Seit 2006 wurde aufgrund der eidgenössischen Bildungsverordnungen zudem in vielen Berufen die Pflichtlektionenzahl erhöht, neue Angebote im Bereich der Berufskunde nötig und zusätzliche Stützkurse angeboten.
BI	7501	Jugend- und Familienhilfe	424	441	17	+30,25 Stellenaufstockung Jugendsekretariate aufgrund Mehrbelastung (RRB Nr. 1636/2007) –18,45 Stellen Transfer zum Kantonalen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (K.JPD) in GD (RRB Nr. 997/2007) +3,65 Stellen Übernahme Jugendhilfe Wädenswil (RRB Nr. 1828/2007) +3,8 Stellen Umsetzung NFA: Übernahme der Sonderpädagogik im Frühbereich (RRB Nr. 182/2007)

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
						-75 Stellen Verselbstständigung Zentrum für Gehör und Sprache +44,8 Stellen für von Gemeinden finanzierte Dienstleistungen in den Jugendsekretariaten (Schulsozialarbeit, mobile Familienberatung usw.) +4,0 befristete Projektstellen
BI	7502	Berufs- und Studienberatung	115	127	12	Fremdfinanzierte Projektstellen durch den Bund (z. B. Mentoring)
BD	8000	Generalsekretariat	98	91	-7	2006/2007 wurde die Abteilung Landerwerb vom GS ins neue Immo- bilienamt (IMA) verschoben, 7 Stellen für Abt. Betriebsliegenschaften, 2 Stellen für Abt. Stab, 1 Mitarbeiter wechselte in die Finanzdirektion und 0,8 Stellen wurden abgebaut auf Ende 2006. Die Stellenverschiebungen erfolgten kostenneutral.
BD	8100	Hochbauamt	190	109	-81	2006/2007 gingen Stellen «Bewirtschaftung» vom Hochbauamt (HBA) ans IMA (Gründung), restliche Unterschiede sind auf befristete Angestellte und Überschneidungen bei Selektionen zurückzuführen. Kostenneutrale Verschiebung in der Direktion.
BD	8300	Raumordnung und Vermessung	101	103	2	Unterschiede sind auf befristete Angestellte und Überschneidungen bei Selektionen zurückzuführen.
BD	8400	Tiefbauamt	461	439	-22	2006/2007 gingen vom Tiefbauamt (TBA) 68 Stellen aus verschiede- nen Bereichen an die VD über. 2007/2008 fand aufgrund des Stellentransfers eine Neuorganisation statt. Einerseits mussten verschiedene Kaderstellen neu besetzt wer- den, die an die VD abgegeben wurden, andererseits konnten vor dem Transfer aufgrund der Unsicherheit verschiedene Stellenabgänge nicht besetzt werden, die nach und nach wieder besetzt werden mussten – total rund 15 Stellen.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
BD	8500	AWEL	227	237	10	2008/2009 kamen 29 Stellen aus der VD zurück ins TBA, 13 Stellen wurden vom TBA ins Amt für Landschaft und Natur (ALN) verschoben. Aufgrund der «Reorganisation Gesamtverkehr» wurden Stellen ab Mitte 2007 bewusst nicht ersetzt, die 2008–2010 mit 10 bis 15 Stellen wieder besetzt wurden und noch werden. Der budgetierte BU von 439,2 Stellen wird voraussichtlich unterschritten. Direktionsübergreifende Verschiebungen erfolgten mit Budget und Stellen, direktionsintern (TBA-ALN) kostenneutral, allgemein werden etwa 90 Stellen vom Bund für Nationalstrassen gemäss Leistungsvereinbarung «finanziert».
BD	8700	Immobilienamt	0	119	119	Unterschiede sind auf befristete Angestellte und Überschneidungen zurückzuführen, Schwankungen aufgrund projektfinanzierter, befristeter Anstellungen. 1,9 Stellen sind vom BAFU finanziert (Bund), 1,2 Stellen von den Ostschweizer Kantonen (Drittmittel). 2007 wurde das Immobilienamt (IMA) aus GS- und HBA-Stellen gegründet, zusätzlich wurden neue Stellen, besonders im Portfolio-management, vom Regierungsrat bewilligt. Kostenneutrale Verschiebungen; für neue Stellen wurden zusätzliche Mittel bewilligt.
BD	8800	Amt für Landschaft und Natur	216	271	55	2006 wurde beschlossen, dass die 216 Stellen vom ALN aus der VD in die BD übergeführt werden. Ebenfalls wurden die 21 im ALN angestellten kurzkursleitenden Lehrpersonen (Lehrbeauftragte) in die BD übergeführt. Diese sind jedoch nicht stellenplanrelevant und somit im BU von 216 noch nicht inbegriffen. 2008 wurden Lehrbeauftragte

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
Behörden	9000	Kantonsrat und Parlaments- dienste	12	13	1	am Strickhof aufgestockt aufgrund zunehmender Schülerzahl; 2009 kamen 13 Personen aus dem Tiefbauamt (Pflanzgarten Finsterloo) zur Abteilung Wald, für 2010 werden erneut Lehrbeauftragte aufgestockt aufgrund zunehmender Schülerzahl am Strickhof. Stellen für ALN wurden mit Budget und Stellenprozenten von der VD in die BD verschoben; Verschiebung aus TBA kostenneutral, ansonsten beim ALN keine Bundes- oder Drittmittelfinanzierungen von Stellen.
Behörden	9020	Finanzkontrolle	21	25	4	Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um rund 1 Stelle aufgrund der Etablierung der beiden neuen Aufsichtskommissionen ABG und AWU sowie der Entlastung der Sekretariate der ständigen KR-Kommissionen durch im Stundenlohn besoldete Protokollführerinnen. Gemäss Abklärungen mit dem Personalamt handelt es sich beim BU 2006 um die Angaben aus dem Geschäftsbericht 2006. Seinerzeit wurde aber aus technischen Gründen der Wert gemäss KEF ausgewiesen. Die Berechnung des IST-Wertes 2006 durch die Finanzkontrolle hat einen Wert von 24,1 ergeben, der mit den Zahlen gemäss KEF 2008–2011 (Spalte Rg06 - 24,1) übereinstimmt. In den Jahren 2007–2010 präsentieren sich die Zahlen wie folgt: 2007: 24,2 (IST) 2008: 23,6 (IST) 2009: 24,5 (Plan) 2010: 24,8 (Plan) In den Jahren 2006–2010 waren somit keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Hinweis: Der Stellenplan (SOLL) der FK trägt seit Einführung des FKG insgesamt 25,5 Stellen.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
Behörden	9070	Ombudsmann	4	4	0	
Behörden	9071	Datenschutzbeauftragter	7	8	1	2006 war der Datenschutzbeauftragte administrativ der Direktion der Justiz und des Innern (JI) angegliedert. Mit dem Informations- und Datenschutzgesetz (IDG) erfolgte die administrative Loslösung von der JI auf den 1.7.2007, was per 31.12.2007 vollzogen wurde. Seither funktioniert der Datenschutzbeauftragte als unabhängige Organisationseinheit. Im KEF 2010–2013 ist für das Planjahr 2010 ein Beschäftigungsumfang von 8,2 ausgewiesen. Die beiden Zahlen lassen sich aber nur bedingt miteinander vergleichen, da vorher von der JI erbrachte administrative Dienstleistungen nun mit eigenem Personal erbracht werden müssen, zusätzliche Aufgaben mit dem IDG zu erfüllen sind und die Kontrolltätigkeit verstärkt wurde.
Rechtspflege	9030	Obergericht und angegliederte Gerichte	179	204	25	Stellenverlagerung von Bezirksgerichten zu Obergericht aufgrund: 1. Zentralisierung der Inkassoabteilung +3 2. SPO-Revision +3 (Einzelrichter zu III. SK) 3. Neuschaffung Ersatzrichter-Equipe +4 Zusätzliche Erklärung: Differenz GB 06 zu KEF 2006–2009 +10 Teambildung in den Strafkammern +4 Neuschaffung Stelle Content Management +1
Rechtspflege	9040	Bezirksgerichte	716	683	-33	Für den Beschäftigungsumfang bei der Leistungsgruppe Nr. 9040 ist die bewilligte Gesamtpunktzahl der Stellen massgebend.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
Rechtspflege	9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	423	426	3	Es wurden zusätzliche Stellen der Stufe Notar-Stellvertreter geschaffen, um jungen Notar-Stellvertretern/innen den Erwerb des Wahlfähigkeitszeugnisses als Notar/in zu ermöglichen (§8 NotG). Diese werden zum Abbau der Rückstände und zur Förderung der Grundbucheinführungsverfahren eingesetzt.
Rechtspflege	9061	Kassationsgericht	16	13	-3	2005: Änderung der Strafprozessordnung, weniger Straffälle an das Kassationsgericht weiterziehbar. Verminderung der Richterstellen ab Mitte 2007 von 4,66 Stellen (bzw. 4,35 Stellen, da 2006 0,31 Stellen bereits vakant) auf 2,88 Stellen. Verminderung der Stellen im juristischen Sekretariat um 0,7 (Verminderung von 2004–2006: 5 Stellen), in der Kanzlei um 0,77 Stellen (Verminderung von 2004–2006:0,5 Stellen).
Rechtspflege	9063	Verwaltungsgericht	26	33	7	Die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs gemäss Geschäftsbericht 2006 und KEF 2010–2013 (rund 26%) ist ausschliesslich auf die Schaffung von Stellen im juristischen Sekretariat und in der administrativen Kanzlei zurückzuführen, bedingt durch die Auswirkungen der neuen Kantonsverfassung (Art. 77 und 79) und der Bundesjustizreform (Art. 29a BV und Bundesgerichtsgesetz) auf die Verwaltungspflege. Die Geschäftszunahme 2006–2010 beträgt rund 40% (Eingänge 2006 gemäss Geschäftsbericht 2006: 753 / Eingänge 2010 gemäss KEF 2010–2013: 1050). Der Geschäftszunahme von rund 40% steht folglich eine Erhöhung des Beschäftigungsumfangs von rund 26% gegenüber. Es gab keine saldoneutralen Stellenvermehrungen.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
Rechtspflege	9064	Sozialversicherungsgericht	62	66	4	Zusätzliche juristische Stellen für den Abbau der Pendenzen (vgl. KEF 2010–2013).
Selbstständige Anstalten	9300	Zürcher Verkehrsverbund	30	32	2	Der Stellenplan des ZVV umfasst seit 27.9.2002 unverändert 31 Stellen.
Selbstständige Anstalten	9510	Universitätsspital Zürich	4761	4914	153	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstellung der Oberärztinnen und -ärzte unter das Arbeitsgesetz • Ausbau der Intensiv-Pflegestationen (IPS-Bereiche) • Zusätzliche Stellen im Rahmen von Berufungsgeschäften • Erweiterung der Kapazität Aufwachsaa Intermediate Care (AWS-IMC)
Selbstständige Anstalten	9520	Kantonsspital Winterthur	1440	1707	267	Die Stellenweiterung erfolgte/erfolgt aufgrund von Ertragssteigerungen infolge Mehrleistungen, neuen Leistungsaufträgen (z. B. Palliativcare), Mangel an Studierenden in den Pflegeberufen und gesetzlichen Auflagen (Arbeitsgesetz).
Selbstständige Anstalten	9600	Universität Zürich	3475	3987	512	<p>Differenz tatsächlich 397, da 2006 das Reinigungspersonal (115 Stellen) nicht enthalten ist.</p> <p>Die Personalentwicklung (Zunahme um 11,1% während vier Jahren) ist zu einem grossen Teil im Rahmen der allgemeinen Entwicklung der Universität zu sehen (steigende Studierendenzahlen, Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, Schaffung neuer Lehrstühle mit personellem Unterbau, Umsetzung der Bologna-Reform mit zusätzlichen Mittelbausteilen).</p>

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU 2006	BU 2010	Abw.	Begründung:
Selbst- ständige Anstalten	9690	Zentralbibliothek		159	159	Für die Zentralbibliothek fehlt eine Referenzgrösse im 2006.
Selbst- ständige Anstalten	9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissen- schaften		1660	1660	Für die Fachhochschulen fehlt eine Referenzgrösse im 2006.
Selbst- ständige Anstalten	9720	Zürcher Hochschule der Künste		600	600	Für die Fachhochschulen fehlt eine Referenzgrösse im 2006.
Selbst- ständige Anstalten	9740	Pädagogische Hochschule Zürich		487	487	Für die Fachhochschulen fehlt eine Referenzgrösse im 2006.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktionen des Regierungsrates und die Staatskanzlei, die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte (c/o Kassationsgericht des Kantons Zürich, Postfach, 8022 Zürich), den Datenschutzbeauftragten, das Universitätsspital, das Kantonsspital Winterthur, die Universität, Rektorat, Künstlergasse 15, 8001 Zürich, die Zürcher Fachhochschulen, 8090 Zürich, den kantonalen Ombudsmann, die Parlamentsdienste des Kantonsrates und die Finanzkontrolle.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi